



Ein halbes Jahrhundert Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 2018

von Sebastian Gräfe

Sebastian Gräfe:

Ein halbes Jahrhundert Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland – 1969 bis 2018.

Abstract:

Seit der Aufdeckung der langjährig aktiven Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) und ihres Entstehungszusammenhanges in der Kameradschaftsszene in Thüringen und Sachsen rückt die Analyse von Gruppierungen mit erhöhter Strukturqualität in den Fokus. Ein vergleichender Blick auf rechtsterroristische Formationen aus den letzten 50 Jahren kann Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Einflussfaktoren aufdecken, die auch für aktuelle Lageeinschätzungen von Bedeutung sind. Wechselbeziehungen zwischen militanten Rechtsextremisten und rechtsextremen Parteien wie der NPD kommt dabei eine ebenso wichtige Rolle zu wie auch regionalen Begebenheiten und spezifischen Akteurskonstellationen.

zum Autor:

Sebastian Gräfe (*1987) studierte von 2007 bis 2013 Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Chemnitz und an der Autonomen Universität Barcelona. In den Jahren 2010/11 war er Mitarbeiter am Lehrstuhl für politische Theorie- und Ideengeschichte an der TU Chemnitz. 2017 promovierte er an der TU Chemnitz zum Thema „Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland“. Seit 2017 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

Kontaktadresse:

Sebastian Gräfe, Hannah-Arendt-Institut Dresden, Helmholtzstraße 4-6, 01069 Dresden, E-Mail: sebastiangraefe@yahoo.de

Eigenverlag in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Dresden 2018

Ein halbes Jahrhundert Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland – 1969 bis 2018

Sebastian Gräfe

1 Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland wurde in den Jahren 2015-16 von einer rechtsmotivierten Gewaltwelle getroffen, die zahlreiche Beobachter an die fremdenfeindlichen Anschläge Anfang der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und anderswo erinnerte. Die Urteile des Oberlandesgerichtes Dresden gegen acht Mitglieder der „Gruppe Freital“ vom März 2018, unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchten Mordes, haben verdeutlicht: Rechtsterroristische Gewalt ist nach wie vor gegenwärtig.¹ Eine neue Gefahr scheint hingegen darin zu bestehen, dass Radikalisierungsprozesse immer mehr im Stillen, zum Teil aber auch durch erhitzte (anonyme) Diskussionen in sozialen Medien stattfinden. Eine enthemmte Diskussionskultur, menschenverachtende Kommentare (hate speech) sowie (indirekte) Aufrufe zur Gewalt waren in den Jahren 2014 bis 2016 im Vorfeld von schweren Gewalttaten zu erkennen. Jüngste Beispiele wie die „Gruppe Freital“ verdeutlichen, wie schmal der Grat zwischen rechtsmotivierten Gewalttaten und Rechtsterrorismus ist.

Dabei schien das Kapitel Rechtsterrorismus beendet, nachdem sich Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos 2011 im thüringischen Eisenach suizidiert hatten und Beate Zschäpe sich anschließend bei der Polizei stellte. Das Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) zog einen breit angelegten Aufarbeitungsprozess nach sich. In Untersuchungsausschüssen des Bundestages und in Länderparlamenten, innerhalb der Sicherheitsbehörden sowie in wissenschaftlichen und journalistischen Beiträgen wurden die Taten, das konspirative Vorgehen sowie die Organisationsstruktur des NSU hinterfragt.² Dabei ging es um

¹ Vgl. Anklageschrift des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof gegen Mitglieder der sog. „Gruppe Freital“, Az.: 2 BJs 38/16-5. Das im März 2018 gesprochene Urteil des OLG Dresden ist noch nicht rechtskräftig (Stand: Ende März 2018).

² Neben dem Bundestagsuntersuchungsausschuss haben sich inzwischen in sieben Länderparlamenten Untersuchungsausschüsse mit dem „NSU-Komplex“ beschäftigt, zum Teil über mehrere Le-

weit mehr als die Analyse von Handlungsmustern des Trios. Es stand vielmehr eine Art Neujustierung des Forschungsfeldes im Raum, denn niemand hatte eine rechtsterroristische Zellenstruktur und deren mehrere Jahre andauernde Gewaltserie erkannt.³

Nach wie vor beherrschen die Untersuchungen des „NSU-Komplexes“ die wissenschaftlichen Analysen zum Rechtsterrorismus. Es fehlen hingegen komparative Herangehensweisen, die den NSU und jüngste Gruppierungen wie die „Gruppe Freital“ als Teil eines Spektrums wahrnehmen, dessen Anfänge bis auf die Jahre 1969/70 zurückgehen. Eine vergleichende Perspektive kann Kontinuitäten und Wandlungen des Milieus sowie Akteurskonstellationen und Gelegenheitsstrukturen aufzeigen. Wissen darüber ist Voraussetzung für aktuelle Gefahrenabschätzungen und Prognosen. Außerdem dürfen weder interne noch externe Einflussfaktoren missachtet werden. Historische Vorbilder und interne Strategiediskussionen spielen bei der Bewertung der Szene eine ebenso wichtige Rolle wie auch externe Faktoren, wie die staatliche Verbotspolitik.

Neben der Kommunikationsstrategie sind die Organisationsstruktur und Handlungsmuster Untersuchungsaspekte, die für die Analyse terroristischer Gruppierungen von Bedeutung sind. Das Kriterium der Organisationsstruktur beinhaltet sowohl die Formationsgröße (größerer Verbund, Zelle etc.) als auch deren innere Strukturierung (pyramidenförmige oder flache Hierarchie). Die Handlungsmuster umfassen einerseits das strategische Vorgehen und andererseits die Gewalttaten und deren Intensität sowie die Opferwahl. Die Analyse der Kommunikationsstrategie beleuchtet die Interaktion mit dem Sympathisantenumfeld (Kommunikation nach innen) und Kommunikationsformen, die auf die Opfergruppe abzielen (Kommunikation nach außen). Der Rechtsterrorismus in Deutschland kann nur im Rahmen seines historischen Gesamtkontextes korrekt eingeordnet werden. Beschränkt sich die Analyse auf eine Formation, ist der Erkenntnisgewinn zwangsläufig limitiert, bleiben so doch möglicherweise Strukturen mit Vorbildcharakter und Strategiediskussionen innerhalb der Szene sowie deren

gislaturperioden hinweg. Im Sommer 2017 stellte der Bundestag den Bericht des 3. Untersuchungsausschusses zu dem Themenkomplex vor.

³ Am häufigsten wurden behördliche Fehler und Versäumnisse bemängelt, die zum Verkennen des NSU geführt haben sollen. Vgl. etwa die Sondervoten in Bd. 3 des Berichts des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, vgl. Thüringer Landtag, Drs. 5/8080, S. 1738-1895.

Einfluss auf den Rechtsterrorismus unberücksichtigt. Nur ein Vergleich kann besondere von allgemeinen Entwicklungen unterscheiden. Dabei sind Untersuchungen von rechtsterroristischen Strukturen und Handlungsmustern, die das Milieu von seinen Anfängen bis heute abdecken, nach wie vor ein Desiderat der Wissenschaft. Der Text möchte einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen.

Folgende Frage ist zentral: Welche Strukturen, Strategien und Handlungsmuster weisen Rechtsterroristen vor und nach der Deutschen Einheit auf? Ferner ergeben sich folgende Unterfragen: Handelt es sich um größere Verbünde oder gab es neben dem NSU weitere zellenförmige Strukturen? Sind die Gruppierungen auf eine oder wenige Personen ausgerichtet oder sind flache Hierarchien erkennbar? Welche Opfer (-gruppen) geraten ins Visier der Täter? Welche Kontinuitäten und Diskontinuitäten sind vor und nach der deutschen Wiedervereinigung erkennbar? Welche Rolle spielen interne und externe Einflussfaktoren?

Nach einer Klärung der Grundlagen und des begrifflich-konzeptionellen Rahmens (2) stehen folgende sechs Gruppierungen im Mittelpunkt: „Deutsche Aktionsgruppen“, das terroristische Umfeld um Michael Kühnen („Kühnen-Gruppe“) sowie die „Hepp/Kexel-Gruppe“ für die Zeit vor 1990 (3), die Formationen „Freikorps Havelland“, „Nationalsozialistischer Untergrund“ sowie die „Gruppe Freital“ für die Zeit nach 1990 (4). Alle Vereinigungen werden mit Blick auf die Ideologie, Organisationsstruktur und Strategie hin untersucht. Anhand ausgewählter Beispiele wird anschließend der Einfluss von internen und externen Faktoren auf die Entwicklung des Rechtsterrorismus analysiert (5). Das letzte Kapitel fasst die Ergebnisse zusammen und gibt einen Ausblick (6).

2 Grundlagen

Bei den Begriffen Extremismus, Rechtsextremismus und Terrorismus herrscht mitunter babylonische Sprachverwirrung.⁴ Extremismus ist ein Sammelbegriff für Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung (demokratische Werte, Institutionen und Vorgehensweisen) richten.⁵ Gleichwohl ist

⁴ Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 14 ff.

⁵ Im Folgenden vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 87-104. Eine Kritik an der normativen

eine Abgrenzung von den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates für die Begriffsbestimmung des Extremismus ungenügend. Zur Positiv-Definition von Extremismen gehören Absolutheitsansprüche, Verschwörungstheorien, Freund-Feind-Stereotype, deterministische Geschichtsbilder, dualistische Rigorismen und identitäre Gesellschaftsbilder.⁶ Terroristen sind Extremisten, Extremisten aber nicht notwendigerweise Terroristen. Terrorismus umfasst einen Teil des gewalttätigen politischen Extremismus und des religiösen Fundamentalismus. In der Wissenschaft hat sich keine allgemeingültige Definition herauskristallisiert.⁷ In über 200 von Schmid untersuchten Begriffsbestimmungen von Terrorismus tauchen verschiedene Indikatoren gehäuft auf: die demonstrative Gewalt gegen Menschen, die Androhung von (mehr) Gewalt, der illegale und kriminelle Charakter der Gewaltakte, die vorsätzliche Erzeugung von Einschüchterungseffekten in den Opfergruppen, Kommunikationsstrategien zur Beeinflussung eines großen Zielpublikums, die Auswahl ziviler Opfer, eine politische Motivation sowie der Gebrauch von psychologischer Kriegsführung zur (De-) Mobilisierung bestimmter Teile der Gesellschaft.⁸ Einzelne Indikatoren stehen bei einigen Terrorismusspielarten stärker im Vordergrund als bei anderen Ausformungen, so ist die Auswahl ziviler Opfer im Rechtsterrorismus eher eine Seltenheit. Aufgrund des Untersuchungsgegenstandes verwende ich eine praxisorientierte Definition von Terrorismus:

„Der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mithilfe von Anschlägen auf Leib und Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Absatz 1 Strafgesetzbuch genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.“⁹

Form und die Intensität der Gewalt stehen bei dieser Begriffsbestimmung des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Vordergrund. Insbesondere für den

Extremismustheorie findet sich unter anderem bei Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13-19.

⁶ Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/10, Brühl 2010, S. 9-32. Zur Rolle von Verschwörungstheorien vgl. Michael Butter, Nichts ist wie es scheint. Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018.

⁷ Zur begrifflichen Abgrenzung zu den Phänomenen Guerilla, Partisanenkrieg und Separatismus vgl. u.a. Franz Wördemann, Terrorismus. Motive, Täter, Strategien, München/Zürich 1977, S. 57; Kai Lemler, Sicherheitskonzepte in asymmetrischen Konflikten, Baden-Baden 2017, S. 56-83.

⁸ Vgl. Alex P. Schmid (Hrsg.), The Routledge Handbook of Terrorism Research, London/New York 2013, S. 74.

⁹ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 358.

Rechtsterrorismus ist eine Konkretisierung nötig, da ansonsten die spezielle Form des Vigilantismus aus dem Analyseraster fällt.¹⁰ Rechtsterroristische Gewalt trifft nur selten staatliche Einrichtungen, Repräsentanten des Staates oder symbolische Orte. Sie zielt vielmehr auf gesellschaftliche Minderheiten wie Ausländer, Punks oder Homosexuelle. Es handelt sich hierbei um sogenannte Hassgewaltstraftaten: Die Täter wählen ihre Opfer aufgrund eines tatsächlichen oder zugeschriebenen Gruppenmerkmals aus (Hautfarbe, Religion, gesellschaftlicher Status, Nationalität etc.).¹¹ Vigilantisten gehen im Namen einer auf identitätstheoretischen Kriterien (Rasse, Volk, Ethnie etc.) basierenden Gemeinschaft gewalttätig gegen erklärte Feinde vor.¹² Hat dieses Vorgehen planerisch-systematischen Charakter, liegen schwere Gewalttaten vor und wollen die Täter damit nachhaltig Angstgefühle in der Opfergruppe erzeugen, liegen gewichtige Gründe vor, um von Rechtsterrorismus zu sprechen. Besonders nach der Wiedervereinigung hat sich diese Gewaltform verstärkt.

Vigilantistischer Terrorismus zeichnet sich nicht zwangsläufig durch eine hohe Gewaltintensität aus (Bombenanschläge, Morde etc.), sondern vielmehr durch ein strategisches Vorgehen (systematisch, wiederholt und gezielt) gegen eine eingrenzbare Zielgruppe. Rechtsterroristen verfolgen in erster Linie das Ziel, mittels einer Kommunikationsstrategie nach außen (an die Opfergruppe) eine Reaktion erzeugen.¹³ Die Täter wollen Opfergruppen zum Wegzug oder zum Inaktiv-werden zwingen. Dabei gilt: Je kleiner der Aktionsradius der Terroristen ist, umso stärker kann dieser Effekt ausfallen. Es handelt sich dabei um *terreur* im ursprünglichen Wortsinn. Die einzelnen Opfer haben zwar keinen hohen Symbolwert (anders als

¹⁰ Im Folgenden vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3. akt. Aufl., Hamburg 2011, S. 127-134. Neben Vigilantismus hebt Waldmann drei weitere Terrorismusspielarten hervor: sozialrevolutionär, ethnisch-nationalistisch und religiös begründet. Vgl. ebd. S. 110-162.

¹¹ Der Kriminologe Hans Joachim Schneider versteht unter Hassverbrechen „Gewalttaten, die sich gegen eine Person oder gegen eine Sache alleine oder vorwiegend wegen der Rasse, der Religion, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der politischen und sexuellen Orientierung, des Alters oder der geistigen oder körperlichen Behinderung dieser Person oder des Eigentümers oder Besitzers dieser Sache richten.“, zitiert nach: Hans Joachim Schneider, Opfer von Hassverbrechen junger Menschen. Wirkungen und Konsequenzen, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 84. Jg. (2001) 5, S. 357-371, hier: S. 359. Vgl. auch die Kritik an dem Begriff von Kati Lang, Vorurteils kriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Baden-Baden 2014, S. 35-44.

¹² Zum Konzept des Vigilantismus vgl. u.a. Thomas Schmidt-Lux, Vigilantismus als politische Gewalt. Eine Typologie, in: Behemoth. A journal on civilisation, 6 (2013) 1, S. 99-117.

¹³ Waldmann unterscheidet zwischen einer Kommunikationsstrategie nach innen (Sympathisantenumfeld) und nach außen (Opfergruppe, Staat). Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3. akt. Aufl., Hamburg 2011 S. 17.

etwa ein ranghohes Regierungsmitglied), dennoch stehen sie symbolisch für alle Mitglieder der Opfergruppe. Für Rechtsterroristen sind einzelne Personen innerhalb dieser Gruppe genauso beliebig wie austauschbar. Obwohl die Gewalttaten von Terroristen häufig als irrational abgetan werden, gilt es, das terroristische Kalkül zu prüfen.¹⁴ Neben der Gewaltintensität und der Opferauswahl ist die Kommunikationsstrategie eine entscheidende Komponente, um das strategische Vorgehen von rechtsterroristischen Kräften einzuordnen und Gegenstrategien zu entwickeln. Die Botschaft von Terroristen richtet sich an drei Adressaten: die Opfergruppe, den Staat und das Sympathisantenumfeld. Terrorismus ist nicht zuletzt aus diesem Grund eine (gewalttätige) Form der Kommunikation.¹⁵

3 Rechtsterrorismus vor der Deutschen Einheit

3.1 „Kühnen-Gruppe“

Die Bundesrepublik Deutschland erlebte in den Jahren zwischen 1977 und 1982 den Höhepunkt rechtsterroristischer Gewalt vor der Wiedervereinigung. Insbesondere das gewaltbereite Umfeld von Michael Kühnen sowie die „Deutschen Aktionsgruppen“ und die „Hepp/Kexel-Gruppe“ hatten daran maßgeblichen Anteil. In diesen Jahren kam es in der Bundesrepublik zu ersten Todesopfern durch Rechtsterroristen. Der Hamburger Neonationalsozialist Michael Kühnen rief 1977 den „Freizeitverein Hansa“ („Hansabande“) ins Leben, mit dem er durch spektakulär inszenierte (gewaltlose) Aktionen öffentliches Aufsehen erregte.¹⁶ Kühnen war ein Provokateur und verstand es, kleine Gruppierungen in den Fokus der Medien zu rücken. Obwohl ihm selbst nie terroristische Gewalttaten nachgewiesen wurden, unterhielt er Kontakte zu Rechtsterroristen und fungierte selbst als Bindeglied zwischen

¹⁴ Das terroristische Kalkül geht nach Waldmann dann auf, wenn die drei folgenden Handlungssequenzen einsetzen: 1) Die Botschaft der Terroristen wird vom politischen Feind/Opfergruppe und von dem umworbenen Unterstützermilieu wahrgenommen und verstanden, 2) der angegriffene Staat reagiert überzogen und lässt damit – aus Sicht der Terroristen – die Fassade von Rechtsstaatlichkeit fallen und entpuppt sich somit als der wahre Angreifer und 3) diese Überreaktion muss die Masse der (passiven) Sympathisanten der Terroristen zum Aktivwerden bringen, sodass eine offene Rebellion entsteht, die zum Sieg der Aufständischen führt. Vgl. Peter Waldmann, Das terroristische Kalkül und seine Erfolgsaussichten, in: Wolfgang Schluchter (Hrsg.), Fundamentalismus, Terrorismus, Krieg, Weilerswist 2003, S. 87-110, hier: S. 99-104.

¹⁵ Vgl. u.a. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3. akt. Aufl., Hamburg 2011, S. 17; Brynjar Lia/Katja H.-W. Skjølberg, Warum es zu Terrorismus kommt – Ein Überblick über Theorien und Hypothesen zu den Ursachen des Terrorismus, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 6 (2004) 1; Jan Oskar Engene, Terrorism in Western Europe. Explaining the Trends since 1950, Cheltenham 2004, S. 167.

¹⁶ Zu Michael Kühnens Biographie vgl. im Folgenden Werner Bräuninger, Kühnen. Porträt einer deutschen Karriere. Die Biografie, Bad Schussenried 2016.

rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Kräften. In seinem Umfeld bildeten sich kleine Splittergruppen wie die „Werwolfgruppe“, die im Jahr 1977 eine Serie von Überfällen auf Soldaten und Banken beging, mit denen terroristische Aktionen vorbereitet werden sollten. Kühnens Gruppe war die erste rechtsextreme Formation, deren Mitglieder nach dem ein Jahr zuvor erweiterten Paragraphen 129a StGB (Mitgliedschaft etc. in einer terroristischen Vereinigung) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Die „Werwolfgruppe“ war eine kleine Splittergruppe der von Kühnen ins Leben gerufenen und im Jahr 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS). Sie umfasste sieben Personen, darunter Lothar Schulte und Lutz Wegener, die im Zuge eines fehlgeschlagenen Überfalls und eines anschließenden Schusswechsels mit der Polizei ums Leben kamen.

Tabelle 1: Taten der „Kühnen-Gruppe“

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
22.11.1977	2-5	Überfall auf Bundeswehrsoldaten (Waffenbeschaffung)
2.12.1977	2-5	Überfall auf Bauunternehmer (Geldbeschaffung)
11.12.1977	2-5	Überfall auf Bundeswehrdepot (Waffenbeschaffung)
19.12.1977	2-5	Überfall auf Sparkassenfiliale (Geldbeschaffung)
5.2.1978	2-5	Überfall auf niederländische Soldaten (Waffenbeschaffung)

Quelle: Urteil des OLG Celle, Az.: 1 StE 7/78.

Zwischen November 1977 und Februar 1978 begingen die Aktivisten sechs Überfälle zur Geld-, Waffen- und Munitionsbeschaffung.¹⁷ Die Mitglieder achteten streng auf Anonymität. Sie hinterließen weder politische Statements an den Tatorten noch machten sie mit Bekennerschreiben auf sich aufmerksam. Bei einem der Überfälle versuchten die Angreifer den Verdacht auf Linksterroristen zu lenken, was sich jedoch nicht als wiederkehrendes Muster herausstellte. Die „Werwolfgruppe“

¹⁷ Vgl. im Folgenden Bernd Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 308-311.

verfolgte keine Kommunikationsstrategie, weder nach innen noch nach außen. Vor der ANS verschwiegen die Mitglieder ihre Taten ebenso wie vor der Öffentlichkeit. Unklar ist darüber hinaus, ob die geplanten Anschläge auf DDR-Grenzanlagen, die Gedenkstätte Bergen-Belsen oder die Gefangennahme von alliierten Soldaten als realistisch zu werten sind und ob sich die Gruppe um Kühnen dazu geäußert hätte.

3.2 „Deutsche Aktionsgruppen“

Anders als die Selbstbezeichnung es vermuten lässt, handelt es sich bei der Gruppierung „Deutsche Aktionsgruppen“ um eine und nicht um eine Vielzahl von Gruppen oder Ablegern. Sie zeichnete sich durch eine uneingeschränkte Fokussierung auf ihren Anführer Manfred Roeder aus.¹⁸ Mit eigens hergestellten „Rundbriefen“ lieferte er seinen Mitstreitern rassistische und nationalistische Propaganda.¹⁹ Diese dienten als Handlungsempfehlungen für rechtsterroristische Aktivitäten. Roeder war im Zweiten Weltkrieg freiwilliger Grenadier im Verteidigungsring um Berlin. Aufgrund einer waghalsigen Flucht entging er der Gefangennahme. Die Freundschaft zu dem in Dänemark lebenden Holocaustleugner Thies Christophersen prägte ihn nachhaltig. Nach mehreren juristischen Verurteilungen floh Roeder – getrennt von Frau und Kindern – ins Ausland, was eine weitere Radikalisierung bewirkte. Bei einer seiner heimlichen Rückreisen versammelte er den späteren Kern der „Deutschen Aktionsgruppen“ um sich: den Hals-Nasen-Ohren-Arzt Dr. Heinz Colditz, dessen Patient Raimund Hörnle und die deutlich jüngere medizinisch-technisch Angestellte Sibylle Vorderbrügge, mit der Roeder zeitweise eine Liebesbeziehung unterhielt. Die Gruppierung war eine erweiterte Zellenformation, wobei sie mitunter Hilfe von Dritten bekam, etwa zur Lokalisierung und Auskundschaftung von Anschlagzielen.

Zwischen Februar und August 1980 begingen die „Deutschen Aktionsgruppen“ fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge, deren Gewaltintensität immer weiter anstieg. Die erste Tat war ein Anschlag auf eine Wehrmachtsausstellung, bei der es zu keinen Verletzten, aber zu Sachschaden kam. Anfangs versuchte die Formation noch, Personenschäden zu vermeiden, was sich zum Schluss hin ändern sollte. Den letzten Anschlag vor der Festsetzung der Gruppe begingen Vorderbrügge und Hörnle

¹⁸ Zur Biographie Manfred Roeders vgl. ebd. S. 273-279; Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991, S. 104 f.

¹⁹ Im Folgenden vgl. Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus*, S. 273-279.

in der Nacht vom 21. zum 22. August 1980 mittels dreier sogenannter Molotowcocktails, die sie in die Fensterscheiben eines Übergangsheims für Asylbewerber warfen. Zwei schlafende Personen kamen bei dem Angriff ums Leben. Nach der Tat schrieb Roeder in sein Tagebuch: „Befreiung beginnt“. Am 1. September nahm die Polizei neben Roeder 15 weitere Personen fest.²⁰ Roeder war an keinem der Anschläge aktiv beteiligt.

Tabelle 2: Taten der „Deutschen Aktionsgruppen“

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
21.2.1980	2	Sprengstoffanschlag auf Wehrmachtsausstellung
17./18.4.1980	3	Sprengstoffanschlag auf das Haus eines Landrates
26./27.4.1980	3	Sprengstoffanschlag auf Wehrmachtsausstellung
29./30.7.1980	2	Sprengstoffanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)
6./7.8.1980	3	Brandanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)
16./17.8.1980	1	Sprengstoffanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)
21./22.8.1980	2	Brandanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)

Quelle: Urteil des OLG Stuttgart, Az.: 5-1 StE 3/81.

Die „Deutschen Aktionsgruppen“ waren gekennzeichnet durch eine Kommunikation nach innen und nach außen. Sie verwiesen entweder telefonisch auf den Hintergrund ihrer Taten oder schickten Bekennerschreiben an Zeitungsredaktionen.²¹ Erst bei den letzten Aktionen wich die Gruppe von diesem Muster ab und verzichtete auf Tatbekenntnisse. Insbesondere die fremdenfeindlichen Gewaltaktionen gegen Asylbewerber und Menschen mit Migrationshintergrund flankierte die Formation nicht

²⁰ Vgl. im Folgenden Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017, S. 98-113.

²¹ Vgl. das Urteil des Oberlandesgerichtes Stuttgart, Az. 5-1 StE 3/81, S. 124.

mehr mit Rechtfertigungsschreiben. Möglicherweise stieg der Verfolgungsdruck an oder die Täter gingen davon aus, dass sich fremdenfeindliche Gewalttaten von selbst erklären würden. Aufgrund der dünnen Personaldecke versuchte Roeder, die Gruppenstrukturen auszubauen. Dies geschah im Wesentlichen durch die von ihm verfassten „Rundbriefe“. Ziel der Kommunikation nach außen war es, vornehmlich unter Asylsuchenden und ausländischen Vertragsarbeitern ein Angstgefühl zu erzeugen. Auf Bekennerschreiben konnte die Gruppe bei der Hinwendung zu dieser Opfergruppe verzichten, da das Kommunikationsziel mit den Anschlägen (aus Tätersicht wohl) erreicht wurde.²² Die Vertreibung der Opfergruppe erreichte die Formation nicht.

3.3 „Hepp/Kexel-Gruppe“

1982 sorgte die „Hepp/Kexel-Gruppe“ für eine rechtsterroristische Gewaltserie auf Fahrzeuge und Liegenschaften der US-amerikanischen Armee.²³ Odfried Hepp und Walter Kexel waren die maßgeblichen Akteure der Vereinigung, hinzu kamen vier weitere Personen. Es handelt sich um die erste zellenförmige Gruppierung im Rechtsterrorismus. Die Aktivisten bekannten sich in einer im Juni 1982 veröffentlichten Schrift („Abschied vom Hitlerismus“) zum Nationalbolschewismus. Hepp und Kexel forderten einen „dritten Weg“ und beriefen sich auf den linken Flügel der Nationalsozialisten (Gebrüder Straßer, Ernst Röhm) und auf Nationalbolschewisten wie Ernst Niekisch. Ihr Ziel war die Wiedervereinigung Deutschlands, das sich neutral zwischen den USA und der Sowjetunion positionieren sollte. Nachdem sein Mitstreiter Kexel festgenommen wurde, flüchtete Hepp mit Hilfe der Staatssicherheit über West-Berlin in die DDR.²⁴

Neben fünf Raubüberfällen zwischen April und Dezember 1982 verübte die Vereinigung mehrere Sprengstoffanschläge. Die Bomben bauten die Aktivisten selbst, was deren Wirkung tendenziell gefährlicher machte, weil sie unberechenbar waren. Die Gruppe versteckte die Sprengsätze in der Regel unter den Fahrersitzen von Militärfahrzeugen, wodurch die Tötung der Opfer potentiell einkalkuliert war. Mehrere Soldaten wurden bei den Anschlägen schwer verletzt.

²² Zuerst beging die Gruppe einen Anschlag auf eine Wehrmachtsausstellung, danach auf das Wohnhaus eines vermeintlich dafür verantwortlichen Lokalpolitikers, später auf Ausländerheime und Asylbewerberunterkünfte.

²³ Im Folgenden vgl. Rabert, Links- und Rechtsterrorismus, S. 288-297.

²⁴ Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 150.

Tabelle 3: Taten der „Hepp/Kexel-Gruppe“

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
6.4.1982	3	Überfall auf Geldinstitut (Geldbeschaffung)
18.8.1982	3	Überfall auf Geldinstitut (Gelbbeschaffung)
10.10.1982	2	Sprengstoffanschlag auf KfZ eines amerik. Soldaten (Antiamerikanismus)
4.11.1982	3	Überfall auf Geldinstitut (Geldbeschaffung)
18.11.1982	4	Überfall auf Geldinstitut (Gelbbeschaffung)
2.12.1982	5	Überfall auf Geldinstitut (Geldbeschaffung)
13./14.12.1982	2	Sprengstoffanschlag auf KfZ eines amerik. Soldaten (Antiamerikanismus)
15.12.1982	2	Sprengstoffanschlag auf KfZ eines amerik. Soldaten (Antiamerikanismus)

Quelle: Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main, Az.: 1 StE 3/87.

Die „Hepp/Kexel-Gruppe“ verfolgte keine doppelte Kommunikationsstrategie, sie fokussierte sich lediglich auf eine Kommunikation nach außen.²⁵ Die fehlende Kommunikation in das Sympathisantenumfeld war Teil des konspirativen Vorgehens der Gruppe. Zudem beabsichtigte sie nicht, ihre Struktur zu erweitern. Hepp und Kexel versuchten den Eindruck zu erwecken, dass amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik nicht mehr sicher wären, was wiederum zum Abzug der Truppen führen sollte. Die Formation erreichte lediglich ein vorgelagertes Ziel: ein hohes Maß an Verunsicherung innerhalb der amerikanischen Streitkräfte.

4 Rechtsterrorismus nach der Deutschen Einheit

4.1 „Freikorps Havelland“

Anfang der 1990er Jahre wurde die wiedervereinigte Bundesrepublik von einer fremdenfeindlichen Gewaltwelle erschüttert. Es folgten empfindliche juristische Strafen und Vereinigungsverbote, welche bis Anfang der 2000er Jahre für enorme Verunsicherung in der rechtsextremen Szene sorgten.²⁶ Daraufhin organisierten sich

²⁵ Vgl. das Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt a. M., Az. 1 StE 3/87, S. 24-26.

²⁶ Zur Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre vgl. Helmut Willems, Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen-Täter-Konflikteskalationen, Opladen 1993; Klaus Wahl, Skinheads, Neonazis, Mitläufer.

weite Teile des Milieus neu in lose strukturierten Kameradschaften und informellen Verbänden. Staatliche Eingriffe sollten so verhindert oder zumindest erschwert werden. Die Sicherheitsbehörden gingen bis Anfang der 2000er Jahre davon aus, dass keine rechtsterroristischen Strukturen existierten. Dies änderte sich um die Jahrtausendwende, als es vermehrt zu Sprengstoff- und Waffenbeschaffungen kam.

Zwischen August 2003 und Mai 2004 beging die Gruppe „Freikorps Havelland“ eine Serie von sieben Brandstiftungen auf ausländische Imbissstände in der Region Nauen (Brandenburg).²⁷ Die etwa zehn Mitglieder des „Freikorps Havelland“ waren zur Tatzeit zwischen 15 und 20 Jahre alt. Ihr Anführer war Christopher Hartley, ein bis dahin unbekannter junger Mann, der – ebenso wie die meisten anderen Gruppenmitglieder – keine Kontakte ins rechtsextreme Milieu pflegte. Hierin ist einer der Hauptgründe zu sehen, warum die Formation verhältnismäßig lange aktiv bleiben konnte, bevor sie gestellt wurde. Hartley war unbestrittene Führungsfigur, die nicht nur zur Gewalt aufrief, sondern auch deren Form und Intensität bestimmte.

Tabelle 4: Taten des „Freikorps Havelland“

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
30./31.8.2003	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich
12.12.2003	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich
Dezember 2004*	3	Brandanschlag, fremdenfeindlich
Dezember 2004	2	Sachbeschädigung, fremdenfeindlich
Februar 2004	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich
März 2004	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich
März 2004	3	Brandanschlag, fremdenfeindlich
April 2004	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich
Mai 2004	2	Brandanschlag, fremdenfeindlich

Quelle: Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichtes, Az.: 1-5600 OJs 1/04 (01/04).

* Im vorliegenden Urteil wurden Daten geschwärzt.

Täterstudien und Prävention, Opladen 2003. Zu den Repressionsmaßnahmen in den 1990er Jahren vgl. Julia Gerlach, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verboten oder Nicht-Verboten, Baden-Baden 2012, S. 150-192.

²⁷ Vgl. im Folgenden Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Potsdam 2005, S. 52-53.

Das „Freikorps Havelland“ verfolgte eine Kommunikationsstrategie nach außen an die Opfergruppe, aber nicht an staatliche Akteure oder die Mehrheitsgesellschaft.²⁸ Es erfolgte ebenfalls keine Kommunikation ins Sympathisantenumfeld. Eine Brandanschlagsserie auf Imbissstände ausländischer Betreiber innerhalb eines überschaubaren Aktionsradius sollte die Gruppe der Imbissbetreiber wirtschaftlich ruinieren. Die Täter nahmen an, dass die Versicherungspolicen in Folge der Anschläge stark ansteigen würden. Dafür begingen sie zum Teil wiederholte Gewalttaten auf dieselben Einrichtungen. Zugleich waren die Gewaltakte symbolischer Art, da nicht nur einzelne Geschäfte getroffen werden sollten, sondern die Gruppe der ausländischen Gewerbetreibenden insgesamt. Die Formation verringerte zwar mit ihrem meist nächtlichen Vorgehen das Risiko von Personenschäden, in einigen Fällen war es hingegen Zufall, dass keine angrenzenden Gebäude – zum Teil Wohnhäuser – beeinträchtigt wurden. Die Gruppierung „Freikorps Havelland“ wollte mit ihrem zwar bekenntnislosen, aber keineswegs kommunikationslosen Vorgehen die Gruppe der ausländischen Imbissbetreiber verunsichern und zum Wegzug aus der Region zwingen. Der verhältnismäßig kleine Aktionsradius ließ dies möglich erscheinen. Im Dezember 2004 begann der Prozess gegen die Gruppe, der mit Freiheits- und Bewährungsstrafen für fünf Aktivisten endete.

4.2 „Nationalsozialistischer Untergrund“

Die Gruppenmitglieder des späteren NSU tauchten im Jahr 1998 ab. Ausschlaggebendes Moment war ein Haftbefehl gegen Uwe Böhnhardt, dem er sich entziehen wollte. Das abgeschottete Leben im Untergrund hatte eine radikalisierungsfördernde Wirkung, sodass sich bei dem Trio bereits vorliegende rechtsextreme Tendenzen verstärkten.²⁹ Zwischen den Jahren 2000 und 2007 begingen Mundlos und Böhnhardt zehn Morde und mindestens zwei Sprengstoffanschläge.³⁰ Die Tötungsserie von „Angesicht zu Angesicht“ quer durch die ganze Bundesrepublik, bei der die Täter unvermittelt und skrupellos vorgingen, ist in der Geschichte des Rechtsterrorismus einzigartig. Selbst die rechtsextreme Szene schien nach dem Bekanntwerden des NSU von einer derart hohen Gewaltintensität

²⁸ Vgl. im Folgenden Urteil des Oberlandesgerichtes Brandenburg, Az. 1-5600 OJs 1/04 (1/04), S.19-21.

²⁹ Zur Ideologie des NSU vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 203-208.

³⁰ Im Folgenden vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Drucksache 17/14600, S. 91-100.

überrascht. Sympathiebekundungen blieben weitgehend aus. Das kommunikative Verhalten des NSU weist einige Spezifika auf: Bei keinem ihrer Aktionen hinterließ die Gruppe einen Hinweis, mit dem zweifelsfrei der rechtsextremistische Hintergrund der Taten zu erkennen gewesen wäre. Im Zuge der Ermittlung möglicher Tatmotive kam es in nicht wenigen Fällen zu Verdächtigungen gegen das persönliche Umfeld der Opfer.

Tabelle 5: Auszug der Taten des NSU

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
9.9.2000	2	Ermordung von Enver Şimşek in Nürnberg (fremdenfeindlich)
19.1.2001	2	Sprengstoffanschlag gegen deutsch-iranisches Geschäft in Köln (fremdenfeindlich)
13.6.2001	2	Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru in Nürnberg (fremdenfeindlich)
27.6.2001	2	Ermordung von Süleyman Taşköprü in Hamburg (fremdenfeindlich)
29.8.2001	2	Ermordung von Habil Kiliç in München (fremdenfeindlich)
25.2.2004	2	Ermordung von Mehmet Turgut in Rostock (fremdenfeindlich)
9.6.2004	2	Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln (fremdenfeindlich)
9.6.2005	2	Ermordung von İsmail Yaşar in Nürnberg (fremdenfeindlich)
15.6.2005	2	Ermordung von Theodoros Boulgarides in München (fremdenfeindlich)
4.4.2006	2	Ermordung von Mehmet Kubaşık in Dortmund (fremdenfeindlich)
6.4.2006	2	Ermordung von Halit Yozgat in Kassel (fremdenfeindlich)
25.4.2007	2	Ermordung der Polizistin Michèle Kieseewetter in Heilbronn (wahrscheinlich Waffenbeschaffung)

Quelle: Armin Pfahl-Traughber: Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: ders., Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), S. 58-102, hier: S. 85-88.

Der rechtsextreme Hintergrund der Taten blieb bis zum Versenden der „Paulchen-Panther“-DVD durch Beate Zschäpe im Jahr 2011 unerkannt. Kurz zuvor hatten sich Mundlos und Böhnhardt durch (Selbst-) Tötung ihrer Festnahme entzogen. Die Bewertung der Kommunikationsstrategie des NSU erfolgt auf der Grundlage der polizeilichen und strafrechtlichen Ermittlungen sowie auf den Ergebnissen der parlamentarischen Untersuchungskommissionen – eine endgültige Bewertung der Ereignisse steht noch aus.³¹ Bis jetzt ist folgende Kommunikationsstrategie erkennbar: Der NSU verfolgte keine doppelte Kommunikationsstrategie, die Taten sollten in Form einer Drohbotschaft für sich sprechen und waren an die Opfergruppe gerichtet (Kommunikation nach außen).³² Eine Kommunikation nach innen fand nach den ersten erfolgreichen Banküberfällen nur noch punktuell statt. Das Trio war nicht mehr auf die Hilfe der Szene angewiesen und das klandestine Vorgehen sowie die geheime Zellenstruktur verboten jegliche Prahlerei, die weite Teile der rechtsextremen Szene kennzeichnet. Der NSU tötete und verletzte seine Opfer unvermittelt und kommentarlos, was zur Verunsicherung der Angehörigen der potentiellen Opfergruppe beigetragen haben dürfte. Fraglich ist hingegen, ob dieser Personenkreis bei dem weiten Aktionsradius der Gruppe eindeutig eingrenzbar war. Obwohl ein Schwerpunkt der Aktivitäten in Bayern erkennbar ist, beging der NSU ebenso Morde in anderen Teilen der Bundesrepublik. Der Einschüchterungseffekt innerhalb der Opfergruppe ist aus dem Grund wohl – trotz subjektiver Einschätzung – nicht gleichermaßen angestiegen wie bei Formationen mit kleineren Aktionsradien.

4.3 „Gruppe Freital“

Im Februar 2015 formierte sich ein Großteil der späteren „Gruppe Freital“ in der selbsternannten „Bürgerwehr FTL 360“.³³ Die Formation setzte sich zum Ziel, mittels Gewalt gegen Flüchtlinge und politische Gegner vorzugehen. Einig waren sich die Mitglieder in ihrem „aggressiven Nationalismus“, „Fremdenhass“ sowie der

³¹ Eine Reihe von Ermittlungsergebnissen findet sich etwa in den Abschlussberichten der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und von Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen.

³² Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 217-221.

³³ Im Folgenden vgl. Anklageschrift des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof, Az. 2 BJs 38/16-5 vom 28. Oktober 2016 sowie die Prozessbeobachtungen der Opferberatungsstelle RAA Sachsen e.V., in: RAA Sachsen, Der Prozess gegen die „Gruppe Freital“. Eine erste Bilanz, Dresden 2017, *dies.*, Der Prozess gegen die „Gruppe Freital“. Teil II, Dresden 2018. FTL steht für das Autokennzeichen der Stadt Freital, 360 ist die Buslinie, auf der zwei der Tatverdächtigen als Busfahrer eingesetzt waren. Sechs Personen haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates und seiner Institutionen.³⁴ Zwischen Juli und November 2015 beging die Gruppe mindestens fünf Sprengstoffanschläge, bevor die Polizei erste Mitglieder festnahm. Im März 2018 folgte nach einjähriger Verhandlung das Urteil gegen acht Mitglieder der Gruppe.

Das OLG Dresden hat auf die feste Struktur und das arbeitsteilige Vorgehen der „Gruppe Freital“ verwiesen.³⁵ Demnach war Timo S. der Organisator, der die Aufgaben verteilte sowie Patrick F., der als zweiter Rädelsführer der Gruppe zählt und zudem der Sprengstoffexperte unter den Aktivisten war. Philipp W. agierte als Informationsbeschaffer, der Opfer und Anschlagssziele auskundschaftete. Rico K. unterhielt Kontakte zur „Freien Kameradschaft Dresden“, einer rechtsextremen Gruppierung aus dem benachbarten Dresden, mit der die „Gruppe Freital“ mindestens zwei umfangreiche Gewaltaktionen plante und durchführte.³⁶ Die anderen fünf Aktivisten waren Mittäter, die entweder in der Umgebung der Anschlagssziele vor Polizei warnten, Fluchtautos fuhren oder anderweitig Unterstützungshandlungen leisteten. Die Mitglieder der „Gruppe Freital“ waren zur Tatzeit im Sommer 2015 zwischen 18 und 37 Jahre alt. Ein verschlüsselter Chat und Codewörter für die Baumaterialien der Sprengsätze und die Namen von Gruppenmitgliedern unterstreichen das konspirative Vorgehen.

Ziel der „Gruppe Freital“ war es, durch Gewalthandlungen in der Region in und um Freital ein Klima der Angst zu erzeugen. Asylbewerber, Asylunterstützer und ausgewählte Lokalpolitiker wie Michael Richter (Die Linke) sollten sich nicht mehr sicher fühlen und Asylbewerber letztlich zum Verlassen der Region gedrängt werden (Kommunikationsstrategie nach außen).³⁷ Die Strategie der „Gruppe Freital“ war eine Gewaltstrategie. Schwere Delikte wie Buttersäureangriffe, Sprengstoffanschläge auf Asylbewerberheime oder unvermittelte Gewalt gegen den politischen Gegner waren Konsens unter den Mitgliedern. Die Serie von schweren Gewaltstraftaten im Schutz der Dunkelheit gegen gesellschaftlich schwache Gruppen, meist verbunden mit

³⁴ Vgl. Anklageschrift des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof, Az. 2 BJs 38/16-5 vom 28. Oktober 2016, S. 40.

³⁵ Im Folgenden vgl. ebd. S. 50-74.

³⁶ Gemeint ist zum einen das gemeinsame Agieren bei den Demonstrationen und Ausschreitungen am 21. und 22. August 2015 im ostsächsischen Heidenau, bei denen eine Zufahrtsstraße für eine Asylunterkunft versperrt wurde und später Polizisten und linke Demonstranten massiv angegriffen wurden. Das zweite arbeitsteilig vorgenommene Gewaltdelikt ist ein schwerer Landfriedensbruch auf ein alternatives Wohnprojekt am 18./19. Oktober 2015, bei dem Sprengstoff, Buttersäure und andere Waffen zum Einsatz kamen.

³⁷ Anklageschrift des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof, Az. 2 BJs 38/16-5 vom 28. Oktober 2016, S. 10.

hohem planerischen Aufwand und dem Einsatz von Sprengstoff, ist eine Form der vigilantistischen Gewalt.³⁸ Zugleich war das Wirken der Formation nach außen gerichtet, da eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen angestrebt und umgesetzt wurde (etwa mit der „Freien Kameradschaft Dresden“). Die „Gruppe Freital“ verfolgte eine doppelte Kommunikationsstrategie.

Tabelle 6: Taten der „Gruppe Freital“

Tatzeit	Anzahl TV	Delikt/Thema
27.7.2015	5	Anschlag auf Fahrzeug eines Lokalpolitikers (gegen „Links“)
21.-22.8.2015	mind. 30	Schwere (Konfrontations-)Gewalt gegen Polizei
19./20.9.2015	5	Sprengstoffanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)
20.9.2015	5	Anschlag auf Parteibüro „Die Linke“
18./19.10.2015	25	Angriff mit Buttersäure und Sprengstoff auf alternatives Wohnprojekte (gegen „Links“)
1.11.2015	7	Sprengstoffanschlag auf Asylbewerberheim (fremdenfeindlich)

Quelle: Anklageschrift des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof, Az. 2 BJ 38/16-5 vom 28. Oktober 2016.

Mit Blick auf die schweren Gewalttaten der „Gruppe Freital“ sind die kaum vorhandenen polizeilichen Vorerkenntnisse zu den Tätern auffällig.³⁹ Bei der Mehrzahl der Mitglieder lagen bis zu den Gruppenaktivitäten keine einschlägigen Straftaten vor. Mit Timo S. und Patrick F. sind nur bei zwei Personen länger

³⁸ Trotz einiger inhaltlicher Unschärfen (Überlappungen zum ethnisch-nationalistischen Separatismus und zum religiösen motivierten Terrorismus) hat Peter Waldmanns Definition Gültigkeit: „Zum ersten handelt es sich um Bewegungen, die keine grundlegende strukturelle Veränderung anstreben, sondern die Verteidigung des Status quo auf ihre Fahnen geschrieben haben. Dies gilt mit Einschränkung sogar für Neonazis und Neofaschisten, die ja keine Umwälzung ‚nach vorne‘ sondern die Rückkehr zu vermeintlich solideren Verhältnissen und besseren Strukturen wie dem Führerprinzip, der Abschaffung der Parteien und vor allem die Ausweisung der Migranten einfordern. [...] Nur ausnahmsweise und in einer zweiten Sequenz, wenn die Regierung gemeinsame Sache mit den ‚Feinden‘ des Volkes macht oder gar in deren Händen gefallen zu sein scheint, nur dann glauben sich Rechtsradikale legitimiert, mit Gewalt gegen sie vorzugehen. Im Übrigen richtet sich ihr Hass und ihre Abneigung hauptsächlich gegen Untergruppen der Bevölkerung, in denen sie eine akute Gefahr für das Gemeinwesen sehen und die sie für dessen angeblichen Niedergang verantwortlich machen: gegen Juden, Kommunisten, Schwarze, Araber, ‚Zigeuner‘, ausländische Arbeiter, Homosexuelle, Prostituierte etc.“, zitiert nach: Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3. Auflage, Hamburg 2011, S. 128. Zu Stärken und Schwächen des Vigilantismus-Ansatz vgl. auch Matthias Quent, Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät, Weinheim 2016, S. 130-163 sowie Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 65-68.

³⁹ Im Folgenden vgl. ebd. S. 40-42.

zurückreichende Kontakte ins rechtsextreme Lager erkennbar. F. stand bereits im Mittelpunkt von Ermittlungen zur rechtsextremen Hooligangruppierung „Faust des Ostens“ im Umfeld des Vereins Dynamo Dresden. S. war vor seinem Zuzug nach Freital in der rechtsextremen Szene in Hamburg aktiv. Lediglich bei Rico K. lagen vor den Gruppenaktivitäten allgemeinkriminelle Tendenzen vor. Rätsel gibt ebenso die berufliche Situation der acht Täter auf, da diese kaum Anlass für ein erhöhtes Gefährdungspotential gegeben haben. In der Mehrzahl standen die Aktivisten in gesicherten beruflichen Verhältnissen, etwa als Busfahrer (2), Altenpfleger, Fachkraft für Lagerlogistik, Gleisbauer (in Ausbildung), Paketzusteller sowie ein Selbstständiger im Veranstaltungsbereich. Lediglich eine Person war arbeitslos.

Es scheint so, als wären bei der „Gruppe Freital“ ein bis zwei Personen durch Rednertalente und Charisma in der Lage gewesen, andere Mitglieder von schweren Gewaltstraftaten zu überzeugen.⁴⁰ Nachdem der erste Anschlag auf das Fahrzeug des Linken-Abgeordneten Richter noch wenig Risiko (für Leib und Leben) aber bereits den Einsatz von Sprengstoff beinhaltete, war die erste Hemmschwelle für die meisten Aktivisten überschritten. Fehlende juristische Konsequenzen in der Anfangsphase der Gruppenaktivitäten müssen den Eindruck vermittelt haben, ohne Belangung weitere Straftaten begehen zu können. Erklärungsversuche etwa über den unvermittelten Einsatz von Buttersäure und Sprengstoff gegen Asylbewerber und politisch unliebsame Personen gleicht hingegen einer wahllosen wie willkürlichen Funktionszuschreibung, die zumindest eine artikulationsfähige politische Agenda der „Gruppe Freital“ voraussetzen würde.

5 Interne und externe Einflussfaktoren

Einflussreiche amerikanische Rechtsextremisten (William Pierce, Louis Beam und Tom Metzger) entwickelten in den 1970er und 1980er Jahren Ansätze, um die rechtsextreme Szene auf strategischer und organisatorischer Ebene zu modernisieren. Sie stießen Strategiediskussionen (*leaderless resistance* und *lone wolves*) und Militanzdebatten an, die die internationale Szene beeinflussten.⁴¹ Diese Konzepte gelangten Ende der 1980er Jahre nach Großbritannien und wenig später

⁴⁰ Vgl. Interview des Autors mit Mike S. am 2. Februar 2018; Chatverläufe der Gruppe, abgebildet in der Anklageschrift sowie ein Interview mit Patrick F. in der ARD-Sendung PANORAMA vom 15. Dezember 2017.

⁴¹ Vgl. ders., *Leaderless resistance und Lone Wolves. Rechtsextreme Theoretiker aus den USA und deren Einfluss in Europa*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Europa. Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven*, Berlin 2015, S. 307-321.

über Skandinavien nach Mitteleuropa. Ein wichtiger Multiplikator war das Netzwerk *Blood&Honour* (B&H), das um die Jahrtausendwende zudem ähnliche Strategiepapiere veröffentlichte. Auf den Anstieg fremdenfeindlicher Übergriffe Anfang der 1990er Jahre folgten staatliche Eingriffe gegen extremistische Gruppen und juristische Strafen gegen zahlreiche Gewalttäter. Die Aktivisten suchten daraufhin nach Alternativen zu den in den 1970er und 1980er Jahren gegründeten, hierarchisch organisierten und daher unflexiblen Wehrsportgruppen und ähnlichen Formationsgefügen.

Die in den USA angefachte Diskussion um die Bildung von klandestinen Strukturen und einen bewaffneten Untergrundkampf kleiner Zellen, der sich zum Rassenkrieg ausbreiten sollte, beeinflusste auch den Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Bereits im Jahr 1991 sorgte der sog. *Laserman* John Ausonius in Stockholm mit einer Angriffsserie auf – vermeintliche – Ausländer für Aufsehen.⁴² Elf Menschen verletzte er mit Schüssen eines Lasergewehres, eine Person starb. 1999 kam es durch einen aus dem militanten Umfeld von B&H – der Untergruppe *Combat 18* – stammenden Rechtsextremisten zu einer Serie von rechtmotivierten Bombenanschlägen in London. Innerhalb von drei Wochen starben drei Menschen, über 100 Personen wurden verletzt. Der Attentäter David Copeland berief sich explizit auf den von William Pierce verfassten fiktiven Roman „The Turner Diaries“, nach dem es im Jahr 2000 zu einem Rassenkrieg kommen würde.⁴³ Rechtsextreme Vordenker in Deutschland und anderen europäischen Staaten nutzten diese Gewaltserien zu propagandistischen Zwecken in Fanzines und im Internet.

Das NSU-Trio war in Kameradschaftsstrukturen und in das Netzwerk B&H in Sachsen und Thüringen eingebunden. In der Jenaer Garage, in dem Bönnhardt und Mundlos in den 1990er Jahren Sprengsätze bauten, fanden Polizeibeamte B&H-Schriften, die sich wie „eine Anleitung für den NSU“⁴⁴ anhören, so der vorsitzende

⁴² Im Februar 2018 sprach das Landgericht Frankfurt am Main John Ausonius des Mordes an Blanka Zmigrod schuldig, die er im Februar 1992 in Frankfurt ermordet hat. Ausonius wurde bereits in Schweden aufgrund seiner Taten in den 1990er Jahren schuldig gesprochen. In einem Abkommen zwischen Deutschland und Schweden ist vereinbart, dass Ausonius in Schweden in Haft kommt, sobald das Urteil in Deutschland rechtskräftig ist.

⁴³ Graeme McLagan, Panorama Special – The Nailbomber, online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/programmes/panorama/archive/811720.stm> (09.01.2018).

⁴⁴ Richter am Oberlandesgericht München Manfred Götzl, zitiert nach: Tom Sundermann, Eine Anleitung für den NSU –Das Medienlog für den NSU –Das Medienlog vom Freitag, 27. November

Richter Manfred Götzl am OLG München. Andere rechtsextreme Netzwerke wie die *Hammerskins* versuchten, den Ansatz des führerlosen Widerstandes (*leaderless resistance*) umzusetzen. Deutsche Untergruppen wie die *Sächsischen Hammerskins* waren nichtsdestotrotz durch klare Hierarchien und eine Führungsperson gekennzeichnet.⁴⁵

Neben ausländischen Rechtsextremisten versuchten auch Szenegrößen hierzulande, alternative Organisationsmodelle zu entwickeln. Größere Wirkung entfaltete von Mitte der 1990er Jahre an ein vom Hamburger Neonationalsozialisten Christian Worch entwickelter Ansatz „Organisierung ohne Organisationen“.⁴⁶ Der Kühnen-Nachfolger Worch formulierte seine Idee als Reaktion zu den vermehrten staatlichen Eingriffen und Verbotsverfügungen. Es galt in Zukunft – so Worch – organisatorische Strukturen abzubauen (Abschaffung von Mitgliederausweisen, Kassenbüchern etc.), um wenig Verdachtsmomente für bestehende Organisationen zu liefern. In der Folgezeit entstanden zahlreiche „freie Kameradschaften“, die sich konspirativer organisierten, hauptsächlich lokal agierten und weniger die Interaktion mit den Medien suchten. Entgegen den eigenen Ansprüchen verhinderte das Organisationsmodell nicht die Ausrichtung auf Einzelpersonen innerhalb der Kameradschaftsstrukturen. Eine Verurteilung von einzelnen (Führungs-)Kräften konnte nach wie vor rasch zum Erliegen der Gruppenstrukturen führen – wie etwa bei den „Sächsischen Hammerskins“ und deren Anführer Mirko H.⁴⁷

Die von den 1990er Jahren an parallel geführten Strategiediskussionen über die Organisierung in klandestinen Untergrundstrukturen, die Anwendung und Intensität militanter Aktionsformen und der von Worch entwickelte Ansatz „Organisierung ohne Organisationen“ waren Reaktionen auf die Negativerfahrungen der Szene Anfang der 1990er Jahre (Vereinsverbote, juristische Strafen etc.). Dabei standen in der Bundesrepublik weniger die Militanzdebatten oder Ideen über einen Untergrundkampf im Mittelpunkt, als vielmehr praxisnahe Alternativansätze zur Neustrukturierung der Szene. Eine Kausalverbindung zwischen den genannten theoretischen Ansätzen und einer rechtsterroristischen Gruppe in Deutschland liegt

2015, online: <http://blog.zeit.de/nsu-prozess-blog/2015/11/27/medienlog-blood-honour-anleitung-nsu/> (15.03.2018).

⁴⁵ Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 163-168.

⁴⁶ Im Folgenden vgl. ebd., S. 319-321.

⁴⁷ Vgl. Uwe Backes u.a., Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, S. 130.

nicht vor. Lediglich im Falle des NSU ist ein Bezug zu *leaderless resistance* und der Idee eines durch kleine Zellen geführten Untergrundkampfes naheliegend.

Neben der Verbotschwelle Anfang der 1990er Jahre, die einerseits zur Bekämpfung extremistischer Strukturen führte, zugleich aber auch Innovationen in der Szene forcierte, gab es weitere externe Einflussfaktoren, welche die Entwicklung des Rechtsterrorismus in Deutschland mitbestimmten.⁴⁸ In den Jahren 1992 bis 1994 und 2014 bis 2016 war mit dem Anstieg der Asylbewerberzahlen ein erhöhtes asylfeindliches Mobilisierungspotential verbunden.⁴⁹ Extremisten mischten sich unter Nicht-Extremisten, sie traten als Redner auf bürgerlichen Protestveranstaltungen auf und initiierten selbst asylkritische- und asylfeindliche Aufzüge. Besonders Neonationalsozialisten profitierten von dieser Konstellation, denn nicht überall gelang die Abgrenzung zum extremistischen Lager.⁵⁰ Die Zahl der Angriffe auf Asylbewerber und deren Unterkünfte nahm bedrohliche Ausmaße an. Allein 1992 kam es in Deutschland zu 15 Todesopfern durch fremdenfeindliche Übergriffe. In den Jahren 2015 und 2016 waren erneut terroristische Vereinigungen aktiv, deren Hauptziel die Vertreibung von Flüchtlingen aus „ihrem“ Sozialraum war.⁵¹ Dass die Aktivisten – wie etwa bei der „Gruppe Freital“ – zuvor politisch nicht in Erscheinung getreten waren, spricht weniger für abnehmende rechtsterroristische Bedrohungspotentiale als vielmehr für die gestiegene Gefahr, die von radikalisierten (Einzel-)Personen ausgeht. Fehlende Abgrenzung zu antidemokratischen Positionen befördert

⁴⁸ Zu der Verbotspolitik Anfang der 1990er Jahre vgl. Julia Gerlach, Die Vereinsverbotspraxis der streitbaren Demokratie. Verbieten oder Nicht-Verbieten, Baden-Baden 2012.

⁴⁹ Im Folgenden vgl. Sebastian Gräfe, Fremdenfeindliche Anschläge gegen Asylbewerber (-unterkünfte) in Deutschland. Die Jahre 1992/93 und 2014/15 im Vergleich, in: Dalberg, Dirk (Hrsg.): Migration und Asyl. Moralischer Anspruch und praktische Bewältigung, Rothenburg/OL 2016, S. 163-190.

⁵⁰ Prominentes Beispiel sind die Vorfälle in Tröglitz (Sachsen-Anhalt) zu Beginn des Jahres 2015. Hier formierte sich zunächst bürgerlicher und gewaltfreier Protest gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Nach und nach mischten sich zahlreiche Rechtsextremisten unter die Demonstranten. Die regelmäßigen Kundgebungen organisierte bald ein NPD-Mitglied. Bedrohungen gegenüber dem ehrenamtlichen Bürgermeister führten zu dessen Rücktritt. Kurz vor dem geplanten Einzug von Flüchtlingen brannte deren Unterkunft ab. Es wird Brandstiftung vermutet. Zur Entwicklung der neonationalsozialistischen Szene im Zuge der Flüchtlingskrise in Sachsen und NRW vgl. Sebastian Gräfe, Zwischen Parteistruktur und Subkultur. Neonationalsozialisten in Sachsen und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, in: Totalitarismus und Demokratie, 15 (2018) 1, (im Erscheinen).

⁵¹ Gemeint sind die Gruppen „Old School Society“ und „Gruppe Freital“. Die Urteile gegen zwei Mitglieder der „Freien Kameradschaft Dresden“ (FKD), die ähnliche Handlungsmuster wie die „Gruppe Freital“ aufwies und gemeinschaftlich mit dieser zwei Gewalttaten beging, führten zu mehrjährigen Haftstrafen. Vgl. Landgericht Dresden, Az. 3 KLS 373 Js 49/17 vom 26. Oktober 2017. Die Vereinigung FKD entstammte hingegen – anders als die „Gruppe Freital“ – mehrheitlich dem neonationalsozialistischen Spektrum.

besonders in emotional aufgeladenen Gemengelagen das von Extremisten häufig genutzte Argumentationsmuster, den „Volkswillen“ auszuführen.⁵²

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die Analyse der Ideologie, der Organisationsstrukturen sowie der (Gewalt-)Strategie von sechs rechtsterroristischen Gruppierungen von 1969 bis 2018 Jahre kommt zu folgenden Ergebnissen: Es liegen verschiedene Spielarten, Organisationsmodelle und Strategien vor, sodass keineswegs von einer homogenen Szene gesprochen werden kann. Allein die Mitgliederstärke der Formationen und deren Strukturierung unterstreichen, dass vor und nach der Deutschen Einheit sowohl größere Verbünde als auch Zellenstrukturen vorhanden waren. Größere Unterschiede liegen zudem bei der Auswahl der Opfergruppen, des Ideologisierungsgrades und hinsichtlich der Gewaltintensität vor.

Neben dem NSU existierte mit der „Hepp/Kexel-Gruppe“ eine weitere Zellenformation, die bereits Anfang der 1980er Jahre mit Sprengstoffanschlägen auf amerikanische Soldaten auffiel. In der Regel haben rechtsterroristische Gruppierungen eine Stärke von 10 bis 15 Personen. Zellenstrukturen sowie auch deutlich größere Formationen wie etwa „Sturm 34“ oder „Skinheads Sächsische Schweiz“ stellen Ausnahmen dar.⁵³ Mit der „Kühnen-Gruppe“, den „Deutschen Aktionsgruppen“ und dem „Freikorps Havelland“ liegt bei drei der sechs Gruppierungen eine Ausrichtung auf eine Person vor, die Form und Intensität der Gewalt bestimmte. Beim NSU, der „Gruppe Freital“ und der „Hepp/Kexel-Gruppe“ waren jeweils zwei Personen tonangebend. Gruppenführer traten vor der Wiedervereinigung seltener selbst mit gewalttätigen Handlungen in Erscheinung. In den 1990er und 2000er Jahren fielen die Anführer nicht nur durch verbale Wortführerschaft auf, sondern auch als Initiatoren von Gewalt. Bei den zellenförmigen Gruppierungen „Hepp/Kexel-Gruppe“ und NSU ist eine weniger stark ausgeprägte Hierarchisierung erkennbar als bei anderen Formationen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten rückten politische Gegner und Ausländer/Personen mit Migrationshintergrund in den Fokus von Rechtsterroristen.

⁵² Andreas Marneros, Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters, Bern 2002, S. 177.

⁵³ Vgl. hierzu Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 168-178 und S. 192-202.

Zuvor war das Spektrum der Opfergruppe breiter: amerikanische Soldaten, Ausländer/Asylbewerber, politische Mandatsträger und Polizeibeamte. Eine Fokussierung auf andere Rechtsterroristen nach 1990 hätte die Bandbreite der Opfergruppe vergrößert. Nach wie vor sind etwa Polizeibeamte, politische Mandatsträger oder jüdische Einrichtungen das Ziel von Rechtsterroristen. Dennoch ist nach 1990 ein Trend erkennbar: der Anstieg vigilantistischer Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten. Ein Grund drängt sich auf: Diese Opfergruppen sind deutlich leichter zu treffende Ziele. Dennoch: Auch politische Mandatsträger, Polizeibeamte oder zivilgesellschaftliche Akteure werden nach wie vor Opfer von rechtsmotivierter Gewalt, bei denen die Grenze fließend ist zum Rechtsterrorismus.⁵⁴ Die Analyse der Gewaltintensität muss den NSU und dessen zehn Todesopfer in den Vordergrund rücken und zugleich die unverhältnismäßig große Verschiebung durch eine Formation richtig einordnen. Schwere körperliche Schäden bis hin zu Todesfolgen der Opfer wurden im Rechtsterrorismus zwar von Beginn an in Kauf genommen, eine systematische Tötungsserie „von Angesicht zu Angesicht“ war hingegen selbst für das mit Waffen und Sprengstoff ausgerüstete rechtsterroristische Spektrum neu. Nie zuvor hat die Bundesrepublik eine derart hohe Gewaltintensität im Bereich Rechtsterrorismus wie die des NSU erlebt.

Terroristen greifen zielgerichtet und planmäßig an, dabei richtet sich die Gewalt in erster Linie nicht auf die Physis, sondern vielmehr auf die Psyche der Opfer. Gewalt dient ihnen als Kommunikationsform. Das übergeordnete Ziel ist die Verunsicherung von Menschen durch die Verbreitung von Angst. Darüber hinaus versuchen Terroristen, den Staat und dessen Kompetenz, seine Bürger zu schützen, in Frage zu stellen und ihn zu Überreaktionen zu zwingen. Eigene Gewalttaten sollen dadurch im Nachhinein mehr Legitimität erhalten. Opfer haben einen Symbolwert, Gewalttaten sollen – so die Sicht der Terroristen – in einem größeren Deutungszusammenhang wahrgenommen werden. Im Gegensatz zu Linksterroristen hinterlassen Rechtsterroristen in der Regel keine Rechtfertigungsschreiben oder Hinweise auf ihre Motivation.⁵⁵ Vor allem fremdenfeindliche Gewalt bedarf aus Sicht der Täter keiner Erläuterung. Die Taten selbst dienen als (Droh-)Botschaft.

⁵⁴ Vgl. etwa das Attentat auf die damalige Kölner OB-Kandidatin Henriette Reker am 17. Oktober 2015, die von einem Mann aufgrund ihrer Flüchtlingspolitik mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt wurde. Der Mann verletzte bei der Aktion vier weitere Personen.

⁵⁵ Zum Vergleich von Links- und Rechtsterrorismus vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus, S. 283-301 sowie nach wie vor Friedhelm Neidhardt, Linker und Rechter Terrorismus. Erscheinungsformen und

Drei von sechs Formationen („Hepp/Kexel-Gruppe“, „Freikorps Havelland“ und „Gruppe Freital“) wiesen einen eingrenzbaeren Aktionsradius auf und übten systematische Gewalt gegen eine Opfergruppe aus. Bei keiner der untersuchten Kräfte ging hingegen das Kalkül auf, die Opfergruppe aus dem Sozialraum zu vertreiben. Beim NSU hat sich gezeigt, dass allein eine hohe Gewaltintensität nicht über Erfolg oder Misserfolg der Strategien entscheiden. Grund war der weite Aktionsradius, durch den kein flächendeckendes Angstgefühl in der Opfergruppe entstehen konnte.⁵⁶ In der Regel gilt: Je kleiner der Aktionsradius ist, umso mehr erhöht sich das Angstgefühl in der Opfergruppe. Zugleich müssen Rechtsterroristen in dem Fall mit einem erhöhten Verfolgungsdruck durch die Polizei rechnen. Lediglich bei den „Deutschen Aktionsgruppen“ und der „Gruppe Freital“ ist eine doppelte Kommunikationsstrategie erkennbar. Diese Formationen sorgten mit systematischer Gewaltanwendung für ein Angstgefühl innerhalb der Opfergruppe und es kam darüber hinaus zu einer Interaktion mit dem Sympathisantenumfeld, um organisatorische oder finanzielle Unterstützung einzuholen und den Aktionsradius zu erweitern.

Eine eindimensionale Betrachtung (Akteursebene) kann lediglich ein Ausschnitt bei der Analyse des Rechtsterrorismus sein. Darüber hinaus müssen interne und externe Einflussfaktoren Beachtung finden, genauso wie regional bedingte Gelegenheitsstrukturen. Strategiedebatten über den Einsatz und die Intensität von Gewalt sowie über alternative Organisationsmodelle haben von den 1990er Jahren an für Innovationen in der Szene gesorgt. Das daraus hervorgegangene Modell der „freien Kameradschaften“ war zugleich eine Folge eines externen Faktors – der offensiven staatlichen Verbotspolitik nach der fremdenfeindlichen Gewaltwelle Anfang der 1990er Jahre. Vereinigungsverbote und empfindliche juristische Strafen führten in der Folge zwar zu einer Verunsicherung der Szene, jedoch blieb die Zahl der politisch rechtsmotivierten Gewaltstraftaten seit den 1990er Jahren deutschlandweit auf hohem Niveau. Die Einwanderungswelle und die gesellschaftliche Diskussion über den richtigen Umgang mit Asylbewerbern und

Handlungspotentiale im Gruppenvergleich, in: Wanda von Baeyer-Katte u.a., Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus 3, Opladen 1982, S. 434-477.

⁵⁶ Keinesfalls soll der Eindruck entstehen, dass verschiedene Opfer gegeneinander aufgewogen werden. Die Unterscheidung der Tatumstände, der Deliktarten und der physischen Auswirkungen auf die Opfer sind lediglich eine Annäherung an die Opferperspektive, die Terroristen beeinflussen wollen. Es bleibt eine subjektive Empfindung, wer sich durch was wie stark bedroht fühlt.

Flüchtlingen, die mitunter von Extremisten beeinflusst wurde, war Anfang der 1990er Jahre und in den Jahren 2015/16 ein weiterer Faktor, der rechtsterroristischen Taten begünstigte. In dem Zusammenhang müssen auch neue Protestbewegungen wie PEGIDA und deren Ableger Beachtung finden. Diese wiesen einerseits eine radikalisierungsfördernde Dimension auf. Andererseits wurden sie von zahlreichen Kleinstgruppen als Ausgangspunkt genutzt, um regelmäßig mit Aktivisten zusammenzukommen und eigene Gruppenstrukturen zu festigen („Gruppe Freital“, „Freie Kameradschaft Dresden“). In den Jahren 2015/16 hat sich gezeigt, dass die Instrumentalisierung lokaler Problemlagen zum Auftrieb rechtsterroristischer Strukturen führte. Die Formationen „Old School Society“ und „Gruppe Freital“ sind jüngste Beispiele für rechtsterroristische Vereinigungen, die gezielt gegen Flüchtlinge, Asylbewerber und politische Gegner vorgingen oder entsprechende Pläne vorbereiteten. Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen ist von großer Bedeutung. Gestalten sich diese weiter rückläufig, ist mit einer nachlassenden Protestbereitschaft zu rechnen. Gleichwohl können regionale und überregionale Vorfälle mit erhöhtem „Empörungspotential“ radikalisierungsfördernde Wirkung entfalten.